



# Barthle-Brief

Nr. 47

**Berlin aktuell**  
Die Woche im Bundestag

2.12.2011

Thema der Woche:

## **„Auf der Tagungsordnung steht jetzt eine Stabilitätsunion!“ Merkel erläutert in ihrer Regierungserklärung Fahrplan für EU-Gipfel am 9. Dezember 2011**

Am diesem Freitag gab Bundeskanzlerin Angela Merkel eine Regierungserklärung zum Europäischen Rat am 9. Dezember 2011 ab. Dabei dämpfte sie Erwartungen einer raschen Lösung der Euro-Schuldenkrise. Die Krise sei nicht mit einem Befreiungsschlag über Nacht und quasi einem Paukenschlag zu lösen. Sie bekräftigte das Ziel, die Wirtschafts- und Währungsunion zu stärken. Auf der Tagungsordnung stehe jetzt eine Stabilitätsunion. Sie skizzierte die verschiedenen Etappen zur Lösung der Euro-Schuldenkrise. Es sei ein Prozess gewesen, indem erst im Laufe der Zeit Einigkeit über die Ursachen der Krise zu erzielen gewesen sei. Ebenso bestünde nunmehr Einigkeit darüber, diese Ursachen gemeinsam zu bekämpfen. Die Notwendigkeit einer Fiskalunion sei inzwischen weitgehend anerkannt. „Wir reden nicht nur über eine Stabilitätsunion, sondern wir fangen an, sie zu schaffen.“ Dies sei gar nicht hoch genug einzuschätzen.

Die Kanzlerin warb mit Blick auf den bevorstehenden EU-Gipfel erneut für Vertragsänderungen, um eine Fiskalunion zu schaffen. Die Möglichkeit, Verträge innerhalb der Eurogruppe zu schließen, wäre nur „die zweitbeste Lösung“. Die Kanzlerin betonte, Deutschland wolle eine Spaltung der EU in Euro-Staaten und Mitgliedstaaten ohne den Euro vermeiden. Die Kanzlerin sagte weiter, die Krise biete auch eine Chance zur Umkehr und zum Lernen. Es gebe relativ einfache Regeln, die zu beachten seien: Sie müssten eingehalten und Verstöße geahndet werden. Verantwortungsvolles nationales Handeln müsse Hand in Hand gehen mit europäischer Solidarität.

Merkel erteilte gemeinsamen Staatsanleihen der Euro-Länder erneut eine klare Absage. Eine gemeinsame Haftung für die Schulden anderer sei nicht denkbar. Deshalb erledige sich die Debatte über Eurobonds. Dies sei kein Beitrag zur Überwindung der Krise. Eurobonds könnten jetzt nicht

als Rettungsmaßnahmen gegen die Krise eingesetzt werden. Die Autorität der europäischen Institutionen müsse so gestärkt werden, dass auch glaubwürdige Durchgriffsrechte möglich seien. Die Politik müsse ihre Glaubwürdigkeit und ihre Vertrauenswürdigkeit wieder herstellen. So müssten beschlossene Maßnahmen auch umgesetzt werden. Merkel forderte die europäische Bankenaufsicht auf, schnell ihre Entscheidungen zur Refinanzierung von Banken zu verkünden und damit rasch für Klarheit zu sorgen. Die Kanzlerin warnte davor, die Möglichkeiten des neuen Euro-Rettungsfonds EFSF zu unterschätzen. „Ich rate uns, nicht die EFSF schlecht zu reden, sondern das zu machen, was möglich ist“. Die Kanzlerin sagte, es sei höchstes Gut unserer Demokratie, die Glaubwürdigkeit und Vertrauenswürdigkeit der Gerichte und der Notenbanken zu schützen. Daher werde sie auch künftig nichts kommentieren, was die Europäische Zentralbank (EZB) tun oder lassen werde.

Die Bundeskanzlerin zerstreute Bedenken vor einer Dominanz Deutschlands in der Europäischen Union. Die klaren Vorstellungen der Bundesrepublik für eine Stabilitäts- und Fiskalunion hätten nicht damit zu tun, dass sie Europa dominieren wolle. „Das ist abwegig“, sagte die Kanzlerin. Die deutsche und die europäische Einigung „waren und sind zwei Seiten ein und derselben Medaille. Und das werden wir nie vergessen.“

Hintergrund: Frankreichs Staatspräsident Nicolas Sarkozy gab am Donnerstagabend bei einer Grundsatzrede zur Zukunft der EU in der französischen Hafenstadt Toulon bekannt, dass Deutschland und Frankreich ihre Pläne zur Euro-Rettung am kommenden Montag in Paris vorstellen werden. Angestrebt ist die Verschärfung der Stabilitätskriterien der EU-Verträge. Die Finanzpolitik der Mitgliedstaaten soll besser kontrolliert und eine zu hohe Verschuldung verhindert werden.

## **Aktuelle Stunde zu Stuttgart 21**

Anlässlich der erfolgreich verlaufenen Volksabstimmung in Baden-Württemberg und auf Antrag der Koalitionsfraktionen debattierte der Deutsche Bundestag an diesem Mittwoch über das Votum zu Stuttgart 21. Eröffnet wurde die lebhafteste Debatte im Deutschen Bundestag vom Vorsitzenden der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg Thomas Strobl. Er lobte dieses Votum als „gutes Signal“ für den Standort Deutschland: Auch künftig könnten große Infrastrukturprojekte realisiert werden. Strobl interpretierte das Referendum zu S 21 als „Bestätigung für die parlamentarische Demokratie“. Das Volk habe gebilligt, was in diesem Fall bei einem jahrelangen parlamentarischen Prozess abgesegnet worden sei. Der Abgeordnete, der zugleich Vorsitzender der CDU Baden-Württemberg ist, appellierte an die grün-rote Regierung in Baden-Württemberg, nun dazu beizutragen, dass der neue Bahnhof schnell verwirklicht werden kann. „Querschüsse“ aus den Reihen der Grünen und der Landesregierung müssten beendet werden. Strobl rief Ministerpräsident Wilfried Kretschmann und Verkehrsminister Winfried Hermann auf, den Projektgegnern die neue Situation zu erklären: Die Grünen hätten die Leute „auf die Bäume gebracht und müssen sie nun wieder runterholen“. Die CDU sei dafür, bei Infrastrukturvorhaben die Bürgerbeteiligung neu zu gestalten, da deren jetzige Form die Bevölkerung offenbar nicht erreiche. Dabei müsse auch eine Beschleunigung der Planungsverfahren angestrebt werden. Hintergrund: Die Gegner des Projekts, vor allem die Grünen, haben bei der Volksabstimmung in Baden-Württemberg am vergangenen Sonntag eine herbe Niederlage erlitten. Mit 58,8% stimmte eine sehr deutliche Mehrheit gegen das sogenannte „S 21-Kündigungsgesetz“ und damit für das Infrastrukturprojekt, während 41,2% sich gegen Stuttgart 21 aussprachen. Auch in der Landeshauptstadt Stuttgart konnten die Projektgegner keine Mehrheit erreichen. Dort stimmten 52,9% für den Weiterbau und 47,1% für den Ausstieg.

## **Ärztliche Versorgung auf dem Land**

Mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen hat der Deutsche Bundestag an diesem Donnerstag dem Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Verbesserung der Versorgungsstrukturen in der

gesetzlichen Krankenversicherung zugestimmt. Das Gesetz enthält eine Fülle von Detailregelungen und zielt darauf ab, die ärztliche Versorgung in ländlichen Regionen zu verbessern, indem die Vergütung für Landärzte verbessert wird. Überarbeitet wird die sogenannte Bedarfsplanung, damit es nicht zu viele, aber auch nicht zu wenige Vertragsärzte, -zahnärzte und -psychologen gibt. Das Gesetz enthält finanzielle Anreize für Mediziner, sich in unterversorgten Gebieten neu niederzulassen oder Praxen zu übernehmen. Landärzte werden von der Budgetbegrenzung ausgenommen. Schrittweise soll eine „ambulante spezialfachärztliche Versorgung“ sowohl von Krankenhaus- als auch von niedergelassenen Fachärzten aufgebaut werden. Abgebaut werden soll die ärztliche Überversorgung in einigen Großstädten. Eingeführt wird eine bundesweit einheitliche Notdienstnummer. Wer außerhalb der Sprechzeiten dringend einen Arzt braucht, kann künftig die Nummer 116 117 wählen. Auf Antrag der Versicherten können die gesetzlichen Krankenkassen ihre Patienten – auch online – „über die in einem Zeitraum von mindestens 18 Monaten“ in Anspruch genommenen Leistungen und deren Kosten informieren.

## **Personalien**

Der Parlamentskreis Mittelstand (PKM) der Unionsfraktion hat einen neuen Vorsitzenden. Die Mitglieder des Gremiums wählten den Abgeordneten des Wahlkreises Schwäbisch Hall Hohenlohe, Christian Freiherr von Stetten, einstimmig an die Spitze des Wirtschaftsflügels von CDU und CSU. In seiner neuen Funktion ist von Stetten zugleich mittelstandspolitischer Sprecher seiner Fraktion. Neben dem Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik, Peter Götz, und dem Vorsitzenden der Arbeitnehmergruppe, Peter Weiß, ist von Stetten nun der dritte Abgeordnete aus der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg, der einer der sechs soziologischen Gruppen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion vorsitzt. Der PKM ist mit 144 Mitgliedern die größte soziologische Gruppe in der Unionsfraktion.

## **Zitat:**

«Der Euro ist in seinen ersten zehn Jahren als Währung stabiler, als es die D-Mark im Durchschnitt ihrer Geschichte je war.»

(Der CDU-Politiker Friedrich Merz am 2.12. auf dem Deutschen Wirtschaftsforum in Hamburg)